

Pflicht obliegt, Verbrechen und Vergehen nachzuforschen. Im Bezirke des rheinischen Appellations-Gerichtshofes zu Köln sind es die Beamten und Hülfbeamten der gerichtlichen Polizei, mit Ausnahme der Untersuchungsrichter. Ueber die Aufhebung oder Fortdauer der Beschlagnahme hat der Untersuchungs-Richter allemal an die Rathskammer zu deren Beschlußnahme zu berichten. An der Befugniß der Gerichte und der Untersuchungs-Richter zum selbstständigen Einschreiten in den gesetzlich bestimmten Fällen wird nichts geändert.

§. 34. Die Staats-Anwaltschaft ist auch in Ansehung der in den §§. 23 und 29 vorgesehenen Beleidigungen befugt, die Verfolgung einzuleiten. Es findet jedoch wegen Beleidigung einer Kammer nur mit Ermächtigung derselben, und wegen der übrigen im §. 23. und wegen der in den §§. 22 und 29 vorgesehenen Beleidigungen nur auf den Antrag des Beleidigten eine Verfolgung statt. Ist auf die von der Staats-Anwaltschaft angehobene Klage eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, so wird deren Fortgang, die Erlassung und Vollstreckung des Urtheils, durch eine Zurücknahme der Ermächtigung oder des Antrages, oder durch eine Verzichtleistung auf die Bestrafung nicht gehemmt. Schreitet die Staats-anwaltschaft nicht ein, so bleibt dem Beleidigten die Verfolgung im Wege des Civilprocesses unbenommen. In dem Bezirke des rheinischen Appellations-Gerichtshofes zu Köln wird an der Befugniß des Beleidigten, als Civilpartei aufzutreten, nichts geändert.

#### Verjährung.

§. 35. Das Recht zur Verfolgung wegen der in dieser Verordnung vorgesehenen öffentlich begangenen strafbaren Handlungen verjährt in 6 Monaten, von dem Tage an gerechnet, wo die Veröffentlichung (§. 31.) stattfand. Die Verjährung wird unterbrochen durch jeden Antrag der Staatsanwaltschaft, jeden Beschluß oder jede sonstige Handlung des Richters, welche die Eröffnung, Fortsetzung oder Beendigung der Untersuchung oder die Verhaftung des Beschuldigten betreffen. Die Untersuchung oder der Verjährung gegen eine der verantwortlichen oder mitschuldigen Personen gilt als solche auch denjenigen Verantwortlichen oder Mitschuldigen gegenüber, gegen welche der Antrag, der Beschluß oder die sonstige unterbrechende Handlung nicht gerichtet war. Von dem Tage der letzten unterbrechenden Handlung an beginnt eine neue Verjährung von sechs Monaten. Diese Bestimmung berühren nicht die Injurienklagen, insoweit sie im Wege des Civilprocesses angestellt werden können, und die Klagen auf Schadenersatz vor den Civilgerichten.

Öffentliche Bekanntmachung des Urtheils, Vernichtung gesetzwidriger Druckschriften.

§. 36. Wenn wegen einer öffentlich begangenen Handlung, welche durch die §§. 18 bis 24 oder durch §. 29 vorgesehen ist, eine Verurtheilung ausgesprochen wird, so kann die öffentliche Bekanntmachung des Urtheils auf die in demselben zu bestimmende Art und Weise auf Kosten des Verurtheilten angeordnet werden.

§. 37. Wenn der Inhalt einer Druckschrift sich als Thatbestand einer strafbaren Handlung darstellt, so ist die Vernichtung aller vorfindlichen Exemplare und der dazu bestimmten Platten und Formen auszusprechen. Ist die Druckschrift ihrem Hauptinhalte nach eine erlaubte, so wird nur auf Vernichtung der gesetzwidrigen Stellen und desjenigen Theiles der Platten und Formen erkannt, auf welchem sich diese Stellen befinden.

#### Gerichtsstand.

§. 38. Zu der in §. 32. erwähnten gerichtlichen Beschlußnahme und eintretenden Falles zu dem ferneren gerichtlichen Verfahren ist der Gerichtsstand auch bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirke die Beschlagnahme geschehen ist. Wenn wegen der nämlichen Druckschrift ein Verfahren bei verschiedenen Gerichten anhängig ist, so wird das Gerichten anhängig ist, so wird das Gericht, bei welchem die Verhandlung und Entscheidung erfolgen soll, nöthigenfalls durch dasjenige höhere Gericht bezeichnet, dessen Gerichtsbarkeit sich über die Bezirke der verschiedenen, mit der Sache befaßten Gerichte erstreckt. In dem Bezirke des rheinischen Appellations-Gerichtshofes zu Köln wird an den dort geltenden Bestimmungen über die Regulirung des Gerichtsstandes (Straf-Prozessordnung Art. 525 bis 541) nichts geändert.

§. 39. Die in den §§. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 d. Verordn. vorgesehenen strafbaren Handlungen gehören zur Competenz der Schwurgerichte. Dasselbe gilt von den in dem §. 23 erwähnten Beleidigungen, welche mittelst Druckschriften (§. 30) begangen werden, die verkauft, verbreitet, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausgestellt oder angeschlagen werden. Die übrigen Vergehen, welche in dem §. 23, so wie diejenigen, welche in den §§. 10 u. 11, 24 und 29 vorgesehen sind, werden als politische oder Preßvergehen nicht betrachtet (Verordnung vom 15. April 1848, §§. 2 u. 3, und vom 3. Januar 1849, §§. 60 und 61.)

§. 40. Insoweit nach den bestehenden Gesetzen die in der Sitzung eines Gerichts begangenen strafbaren Handlungen sofort,

ohne Mitwirkung von Geschworenen, abgeurtheilt, oder die in der Sitzung eines Gerichts vorgefallenen oder ermittelten Disziplin-Vergehungen sofort disciplinarisch geahndet werden sollen oder können, wird hieran durch die Bestimmungen des vorübergehenden Paragraphen nichts geändert. Hinsichtlich des Militärgerichtsstandes verbleibt es ebenfalls bei den bestehenden Vorschriften.

§. 41. Die Bestimmungen der bestehenden Gesetze über die gegen Privatpersonen begangenen Beleidigungen, welche die Merkmale der Verleumdung nicht enthalten, über die von Personen des Soldatenstandes unter sich begangenen Beleidigungen, sie seien als Dienstvergehen zu betrachten oder nicht, ferner über die Verletzung der Amts- oder Dienstvorschriften, insbesondere der Dienstverschwiegenheit, endlich über die Veröffentlichung von Nachrichten oder Urkunden, welche im Interesse des Staatswohls durch die Gesetze verboten ist, werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§. 42. Insoweit die Aufforderung oder Anreizung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam nicht nach den Vorschriften dieser Verordnung härter zu bestrafen ist, verbleibt es bei den desfalligen Bestimmungen der Verordnungen vom 10. Mai und 23. Mai d. J.

§. 43. Alle dieser Verordnung entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Es treten insbesondere außer Kraft das Preßgesetz vom 17. März 1848, die §§. 151 bis 155 einschließlich, die §§. 620, 61. Th. II., Tit. 20 des Allgemeinen Landrechts, die Art. 102, 201, 204, 217, ferner die Art. 367 bis 372 einschließlich und die auf diese Artikel bezügliche Bestimmung des Art. 374 des Rheinischen Strafgesetzbuches.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Sanssouci, den 29. Juni 1849.

(L. S.)

**Friedrich Wilhelm.**

Graf v. Brandenburg. v. Radenberga. v. Manteuffel. v. Strottha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

#### Deutschland.

**Berlin, 6. Juli.** Wie das Preßgesetz und das mit ihm gleichzeitig octroyirte Versammlungs- und Vereinsgesetz von unserer f. g. liberal-conservativen Presse aufgenommen werden, davon gibt ein Artikel der „Const. Zeitung“ sprechendes Zeugniß. Es wird darin mit großer Schärfe ausgeführt, daß die Hauptbestimmungen und Prinzipien dieser Gesetze gerade solche sind, woran man den absolutistischen vom constitutionellen Staate unterscheidet. Vom Preßgesetze insbesondere sagt sie, daß der §. 23 den ersten und wichtigsten Verstoß der Presse in einem constitutionellen Lande geradezu unmöglich mache. Und mit Recht. „Die Wahrheit beleidigt,“ sagt ein altes Sprichwort, am meisten aber fühlen sich Beamte und alle die, welche gewohnt sind, sich etwas mehr zu dünken als andere, durch die Wahrheit, die nicht immer für den, welchen sie trifft, schmeichelhaft ist, beleidigt. Wenn nun aber die ganze Beamten- und militärische Welt vom Minister und General bis zum Gerichtsboten und Musketier herab gegen jede beleidigende Wahrheit durch die Presse sicher gestellt wird, wenn selbst die Männer der freien Volkswahl, die Mitglieder der Kammern der öffentlichen Kritik entzogen werden und wenn nun gar in den Motiven zu dem Gesetze die strengere Bestrafung solcher Beleidigungen durch das Ansehen gerechtfertigt wird, in welchem Kammermitglieder und Beamten erhalten werden müßten, so möchte man dem doch direkt entgegensetzen, daß kein Ansehen zu besitzen braucht, wer feins verdient, und daß es die eigentliche Aufgabe der Presse ist, das öffentliche Leben, also auch die öffentliche Thätigkeit der Personen der Öffentlichkeit zu überwachen und gegen alle Schlechtigkeit energisch aufzutreten. Durch dergleichen Strafbestimmungen wird die Presse in die Zustände der Censur, wenn auch der Selbstcensur zurückgeführt, d. h. jenes Instituts, das am meisten auf die Entfaltung unseres Volkes eingewirkt hat. Aber sehen wir ab von diesen und ähnlichen Bestimmungen jener Gesetze; schon daß sie, wie Alles, was seit dem 5. Dezember von oben herab erlassen ist, octroyirt sind, kann nicht wohlthätig wirken. Man muß zu dem Constitutionalismus einer Regierung alles Vertrauen verlieren, wenn man sieht, daß sie nur von dem Paragraphen der Verfassung Gebrauch macht, welcher den Rückweg zum System des Absolutismus bildet, daß sie zur Regel macht, was nur in dringenden Nothfällen als Ausnahme gemacht, was nur in dringenden Nothfällen als Ausnahme geschehen soll. Oder hat der Art. 105 unserer Verfassung etwa eine andere Bedeutung? — Die Wiedereinführung der Bürgerwehr nach Aufhebung des Belagerungszustandes dürfte hier auf große Schwierigkeiten stoßen, da die conservative Partei eine entschiedene Abneigung gegen diese Einrichtung hegt, weil sie sich als völlig unnütz und als das eigentliche Hinderniß der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung im verflossenen Jahre erwiesen habe. Es möchte daher sehr fraglich sein, ob die Staats-Regierung,